

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten Frau Beer, Dr. Mechtersheimer
und der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/819 —

Genfer Konferenz über das Verbot biologischer Waffen

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 3. Dezember 1987 namens der Bundesregierung die Große Anfrage wie folgt beantwortet:

Mit Ausnahme der Fragen unter II. Nr. 5 und IV. Nr. 2 sind die mit der Großen Anfrage gestellten Fragen identisch mit denen der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Frau Beer, Dr. Mechtersheimer und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/22), die der Bundesminister des Auswärtigen mit dem Schreiben – 011–300.14 – vom 6. Oktober 1987 bereits beantwortet hat. Insoweit verweist die Bundesregierung auf die Antwort des Bundesministers des Auswärtigen in der Drucksache 11/911. Lediglich bezüglich der bereits in der Kleinen Anfrage unter III. Nr. 1 und 7 gestellten Fragen wird die Antwort an die aktuelle Lage angepaßt.

Zu den offenen Fragen im einzelnen:

II. *Zur Konferenz selbst*

5. Welchen Verlauf und welche Ergebnisse hat die Expert(inn)enkonferenz gehabt, die vom 31. März bis 15. April 1987 Einzelheiten über das Verfahren beim Informationsaustausch über Forschungseinrichtungen und -projekte, die im Zusammenhang mit dem Vertrag stehen, erarbeiten sollte?

Auf dem Expertentreffen wurden, entsprechend dem Mandat durch die 2. BWÜ-Überprüfungskonferenz, die Modalitäten für einen Informationsaustausch mit dem Ziel einer größeren Transparenz der Vertragstreue vereinbart.

III. Zur weiteren Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Welche Forschungseinrichtungen oder Laboratorien bestehen in der Bundesrepublik Deutschland mit Hochsicherheitsstandards für die Handhabung von biologischem Material großen Risikos (Angaben nach Artikel V.1 Abschlußresolution)?

Im Rahmen des auf der 2. Überprüfungskonferenz festgelegten Informationsaustausches wurden das „Bernhard-Nocht-Institut für Tropenkrankheiten“, Hamburg, und die „Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere“, Tübingen, als Forschungseinrichtungen mit dem höchsten internationalen Sicherheitsstandard benannt. Weitere Einrichtungen mit niedrigeren Sicherheitsstandards, die auf erlaubte Aktivitäten zu Vorbeugungs-, Schutz- oder sonstigen friedlichen Zwecken spezialisiert sind, sind die „Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz“, Munster, und das „Institut für Mikrobiologie“ der „Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr“, München.

7. Welche gentechnischen Forschungsvorhaben werden gegenwärtig aus Mitteln des Verteidigungshaushalts oder der Zivilen Verteidigung in welcher Höhe gefördert? Für welche Vorhaben ist eine solche Förderung geplant?

Derzeit werden drei Vorhaben gefördert, die Kosten belaufen sich auf etwa 1,5 Mio. DM. Ein Verzeichnis der laufenden Forschungsvorhaben liegt dem Haushaltsausschuß und dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages vor.

- IV. 2. Welche Gründe haben dazu geführt, daß die mit dieser Anfrage annähernd wortgleiche Kleine Anfrage 11/22 vom 24. Februar 1987 bisher nicht beantwortet wurde?

Die Kleine Anfrage „Genfer Konferenz über das Verbot biologischer Waffen“ (Drucksache 11/22) enthält in vier Abschnitten insgesamt 24 Einzelfragen. Sie gehört zusammen mit der Kleinen Anfrage „Terrorismus und Staatsterrorismus“ (Drucksache 11/171) zu den umfangreichsten Kleinen Anfragen, die während der 10. und 11. Legislaturperiode an das Auswärtige Amt gerichtet wurden.

Die Beantwortung parlamentarischer Anfragen erfordert einen erheblichen Abstimmungsprozeß innerhalb des Auswärtigen Amtes – einschließlich der Befragung von Auslandsvertretungen – und mit anderen zu beteiligenden Ressorts und Institutionen.

Die anzustellenden Recherchen sind zeitraubend und arbeitsintensiv. Sie sind von den Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes zusätzlich zu den sonstigen dienstlichen Anforderungen zu erledigen.

Die Vermehrung der Anfragen wie auch deren zunehmender Umfang hat daher bei der bekannten angespannten Personallage des Auswärtigen Amtes auf die Bearbeitungsdauer erhebliche Auswirkungen.